

Phantasialand

West-Ostvariante hat die Nase vorn

Von Wolfgang Kirfel, 08.07.11, 07:03h

Die Bezirksregierung Köln hat den Umweltbericht für die geplante Erweiterung des Phantasialands um 30 Hektar vorgelegt. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass die West-Ostalternative B die „verträglichste“ Lösung ist.



Die Belange der Anwohner und der Umwelt müssen bei einer Erweiterung des Phantasialands berücksichtigt werden. (Foto: Rosenbaum)

BRÜHL Die Bezirksregierung Köln hat den Umweltbericht für die geplante Erweiterung des Phantasialands um 30 Hektar vorgelegt. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass die West-Ostalternative B die „verträglichste“ Lösung ist. Der Bericht wird in der nächsten Sitzung des Regionalrats Köln am kommenden Freitag in Köln vorgestellt.

Im Vorfeld der Sitzung hatte die CDU-Fraktion im Regionalrat schon im April bestätigt, dass für die Freizeitpark-Erweiterung die Westalternative D favorisiert werde. „Im Ältestenrat ist diese Lösung allen Fraktionen vorgestellt worden“, hatte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Regionalrat, Stefan Götz, erklärt. Man werde sich die Planung noch im Detail ansehen, könne dem aber voraussichtlich zustimmen. „Es handelt sich offensichtlich um einen Kompromiss, auf den sich die Bezirksregierung, der Rhein-Erft-Kreis und das Phantasialand geeinigt haben“, so Götz. In der Variante ist aber wieder eine Erweiterung in den Villewald hinein vorgesehen. Dafür müsste das Land aber Staatswald verkaufen, was laut Koalitionsvertrag von SPD und Grünen ausgeschlossen ist.

Der Umweltbericht dagegen favorisiert die West-Ostalternative B. Die Variante nehme zwar das westlich an den Freizeitpark angrenzende Naturschutzgebiet (NSG) Ententeich in Anspruch, führe aber insgesamt zu einer gegenüber den übrigen Alternativen deutlich geringeren Waldinanspruchnahme von nur etwa zwölf Hektar. „Die Alternative vermeidet ein Überschreiten der Landesstraße 194 und somit einen Eingriff in die dort gelegenen überörtlich bedeutsamen Erholungswälder und unzerschnittenen Biotopverbundflächen“, heißt es in dem Gutachten. Obwohl das Heranrücken an Siedlungsflächen im Osten immissionschutzrechtlich grundsätzlich kritisch zu sehen sei, könnten nach dem Immissionsgutachten schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne der Freizeitrichtlinie voraussichtlich vermieden werden. Die Westvariante D ist laut Bericht unter den vorgesehenen Westerweiterungen die verträglichste. Gegenüber den anderen Alternativen sei die Inanspruchnahme von Wald und landesbedeutsamen Biotopverbundflächen deutlich geringer.

Kritik an der bisherigen Vorgehensweise im Erweiterungsverfahren kommt von der Bürgerinitiative „50 000 Bäume“. „Das Verfahren läuft schon einige Jahre. Aber weder wir noch der Bürgerverein Bovivo sind bislang angehört worden“, sagte Sprecherin Doris Linzmeier. Fraglich sei, inwiefern das Vorpreschen der CDU-Fraktion im Regionalrat einer korrekten Vorgehensweise im Rahmen des laufenden Verfahrens entspreche. „Die CDU hat schon mitgeteilt, dass sie die Westalternative D favorisiert, obwohl weder das Scoping-Verfahren abgeschlossen noch der Umweltbericht der Bezirksregierung der Öffentlichkeit zugänglich war“, so Linzmeier. „Wieder einmal werden die Initiativen ausgeschlossen, während Teile der Politik bereits einen Entschluss fassen, bevor die Träger öffentlicher Belange die Möglichkeit hatten, ihre Stellungnahmen zu den im Umweltbericht vorgestellten Erweiterungsvarianten abgeben zu können“, so die Sprecherin.

Oliver Moritz, Pressesprecher der Bezirksregierung, weist den Vorwurf zurück: „Nach dem Beschluss des Regionalrats wird es ein Beteiligungsverfahren mit den Träger öffentlicher Belange und den Initiativen geben.“ An dem Scoping-Verfahren seien nur Fachbehörden und Umweltverbände beteiligt gewesen.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1308323263659>

Alle Rechte vorbehalten. © 2011 Kölnische Rundschau